

87. Landesparteitag, 20. November 2010

Beschluss

Mittelstand stärken, Arbeitsplätze sichern – Libérale Eckpunkte für Wirtschaft und Arbeit in Hamburg

Der schwarz-grüne Senat in Hamburg hat den Mittelstand aus den Augen verloren: Im Koalitionsvertrag von CDU und GAL kommt das Wort „Mittelstand“ kein einziges Mal vor. Die Wirtschaftspolitik des Senats richtet sich an Großkonzernen aus: HSH Nordbank, Hapag Lloyd und Airbus bestimmten die Agenda von Bürgermeister von Beust und leiten seinen Nachfolger Ahlhaus. Anliegen der kleinen und mittleren Betriebe werden ignoriert.

Die FDP Hamburg will die Wirtschaftspolitik wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Nur mit einem starken Mittelstand werden Arbeitsplätze in Hamburg gesichert - nur mit einem starken Mittelstand kommt der Aufschwung bei den Menschen an.

Im Fokus stehen für uns die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe. Und das mit gutem Grund:

- Hamburg ist Standort für rund 120.000 Unternehmen und rund 30.000 Selbständige in Freien Berufen. Rund 95 Prozent der Betriebe sind kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern.
- Der Mittelstand beschäftigt mehr als 60 Prozent der 750.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Hamburg und bildet etwa 80 Prozent der 30.000 Auszubildende aus.
- Der Mittelstand ist flexibel und innovativ. Wissenschaftliche Einrichtungen wie das HWWI bestätigen, dass der starke Mittelstand ein wichtiger Grund dafür ist, dass Hamburg von der Wirtschaftskrise weniger hart getroffen wurde als andere Regionen.

Unsere Forderungen

1. Volle Fahrt voraus für Hamburgs Hafen

Der Hamburger Hafen ist der wirtschaftliche Standortfaktor Nummer Eins der Hansestadt, auch für viele Hundert mittelständische Hafenbetriebe. Der Senat muss wichtige Infrastrukturprojekte wie die Hafenuferspange und die Elbvertiefung konsequent und rasch angehen und für den Fall eines Misserfolgs rechtzeitig Alternativszenarien entwickeln. Sonst drohen Standortnachteile im Wettbewerb mit anderen Häfen. Dabei sind vor allem auch Lösungen durch Privatfinanzierungen jenseits des Bundesverkehrswegeplans vorzubereiten.

Die Hamburg Port Authority (HPA) muss sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: Projekte wie die Sanierung des Alten Elbtunnels und Dienstleistungen rund um den Hafengeburtstag können von privaten Firmen übernommen werden. Die Bewirtschaftung von Brücken und Straßen im Hafengebiet muss aus Steuermitteln, nicht aus Hafengebühren finanziert werden. Die Abschaffung des Freihafens darf nicht zu bürokratischen Lasten für die Hafenbetriebe führen; auf die Einrichtung ausreichend vieler mobiler Zolleinheiten ist zu achten. Besonders für kleine und mittlere Betriebe müssen ausreichend Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt werden.

2. Hamburgs Märkte bleiben frei!

Marktbesucher gehören zum Klein- und Mittelstand und sollten freien Zugang zu den Märkten haben. Deshalb lehnt die FDP die vom Senat geplante Reduzierung der Tageszulassungen ab, denn sie behindert den Markteintritt neuer Anbieter, belastet Marktbesucher, die mit Saisonware (z.B. Spargel) handeln und schränkt die Angebotsvielfalt auf Hamburgs Wochenmärkten ein. Die FDP wendet sich gegen ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen und fordert Transparenz bei der Gebührenerhebung.

3. Wir bleiben dabei: Freie Wahl für Gäste und Wirte

Gegen das Nichtrauchergesetz des schwarz-grünen Senats gibt es erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Die FDP fordert CDU und GAL auf, hier eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen. Dabei soll die freie Wahl für Gäste und Wirte im Mittelpunkt stehen: Wirte entscheiden selbst, ob in ihrer Wirtschaft geraucht werden darf.

4. Keine Maut in Hamburgs City

Die FDP will weiterhin freie Fahrt in Hamburgs City. Aus diesem Grund lehnen wir eine City-Maut ebenso ab wie die Einrichtung einer so genannten „Umweltzone“. Umweltzonen bringen keinen ökologischen Mehrwert und führen gerade für Unternehmer, die regelmäßige Fahrten in die Innenstadt haben, zu einer hohen Kostenbelastung.

Die FDP fordert den gezielten Ausbau der P+R-Parkplätze.

5. Interesse des Mittelstands im Hamburg-Marketing berücksichtigen

Die Zusammenführung von Hamburg-Marketing, Hamburger Wirtschaftsförderung und Hamburg Tourismus ist eine gute Ausgangsbasis, um die Hansestadt international besser zu vermarkten. Dabei ist darauf zu achten, dass es für die Interessen kleiner und mittlerer Betriebe – zum Beispiel die der für den Tourismus wichtigen Gastronomie – kompetente Ansprechpartner in der Führungsebene der neuen Holding gibt.

6. Erkenntnisse der Wissenschaft für den Mittelstand nutzen

Der Wissenstransfer aus Wissenschaft und Forschung muss ausgebaut und gerade für den Mittelstand nutzbar gemacht werden. Mittelständische Betriebe können sich in der Regel keine eigene Forschungsabteilung leisten – die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist für sie besonders wichtig. Die FDP will deshalb eine enge Verzahnung von Hochschulen und Wirtschaft unter Einbeziehung der maßgeblichen Institutionen wie Hamburg Innovation: Die Selbständigkeit der Hochschulen ist eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau lokaler Netzwerke mit der Wirtschaft. Darüber hinaus tritt die FDP für die Ansiedlung eines Fraunhofer-Instituts in Hamburg ein, um die praxisnahe Forschung in der Hansestadt weiter zu entwickeln.

7. Schule und Wirtschaft besser vernetzen

Hamburgs Schulen müssen noch enger als bisher mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Damit können die Anforderungen der ausbildenden Betriebe an die Schulabgänger besser nachvollzogen und Schüler besser auf den Beruf vorbereitet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben kann durch stadtteilbezogene Netzwerke, Schülerpraktika, Gründungsprojekte in Schulen oder Vorträgen von Berufspraktikern im Schulunterricht er-

reicht werden. Die FDP will darüber hinaus mehr Anreize für Lehrer geben, Praktika in Betrieben zu machen. Wirtschaftliche Zusammenhänge sollen stärker als bisher in die Bildungspläne eingebunden werden.

8. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Die Verknüpfung von Familie und Beruf fällt vor allem vielen Alleinerziehenden schwer. Viele der 30.000 allein erziehenden Mütter und Väter in Hamburg sind auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Die FDP tritt dafür ein, dass Alleinerziehende schneller und besser eine Berufstätigkeit aufnehmen können. Der Ausbau der Kita-, Tagesmutter, Vorschulbetreuung und Ganztagschulen ist beschleunigt zu betreiben. Die Gründung von Betriebskindergärten und die Förderung flexibler Arbeitszeiten ist zu fördern. Arbeitsamt und ArGe sollen mit gezielten Initiativen den (Wieder-)Einstieg von Alleinerziehenden in den Beruf unterstützen.

9. Arbeitsvermittlung transparent machen

Die Agentur für Arbeit Hamburg soll Vermittlungen von Arbeitssuchenden wieder branchenspezifisch vornehmen. Arbeitsvermittler mit Branchenkenntnissen können Vermittlungsprozesse besser an dem Bedarf der Wirtschaft ausrichten. Außerdem soll die Agentur Vermittlungserfolge transparenter machen, unter anderem durch monatliche Berichte über die Wirksamkeit von Unterstützungsmaßnahmen und die Anzahl von Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt nach Branchen.

10. Den Standort Hamburg weiter fördern

Der Standort Hamburg ist gerade für mittelständische Unternehmen aus unseren Nachbarländern interessant und wird international immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die FDP Hamburg fordert bessere Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie, um die Ansiedlung neuer mittelständischer Betriebe zu begünstigen und damit die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Hamburg zu sichern.